



# Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 27. Juni 2025, 19.00 Uhr bis 21.02 Uhr  
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz	Daniel Ochsner	SVP	Präsident
Anwesende Mitglieder	Anton Adam	parteilos	
	Rafael Aragon	Pro Stein	
	Carolina Bächli	Pro Stein	
	Simone Good-Ehrensperger	parteilos	Zweite Vizepräsidentin
	Claudio Götz	Pro Stein	
	Werner Käser	FDP	Erster Vizepräsident
	Peter Keller	SP	
	Nicole Lang	parteilos	Stimmzählerin
	Beat Leu	GLP	
	Ruth Metzger	SVP	
	Niels Müller	Pro Stein	
	Marco Suter	FDP	
	Waltraud Zepf Getto	SP	Stimmzählerin
	Ulrich Böhni	GLP	Baureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Werkreferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Roman Suter	FDP	Finanzreferent
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Timo Bär		Stadtschreiber
	Isabel Signer		Bereichsleiterin Finanzen
Abwesende Mitglieder	David Böhni	SVP	
Protokoll	Julia Schmid		

## Traktandenliste

Beschluss-Nr. 14

1. Protokollgenehmigung

Beschluss-Nr. 15

2. Genehmigung Jahresrechnung 2024

Beschluss-Nr. 16

3. Erhöhung des Schulleitungs- und Sekretariatspensums als Folge der Vorgaben zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen im Kanton Schaffhausen

Beschluss-Nr. 17

4. 2. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zum Postulat «Erstellung zweiter Notausstieg an der Schiffländi»

Beschluss-Nr. 18

5. Vorstellung Legislaturprogramm

Beschluss-Nr. 19

6. Informationen und Umfrage

Beschluss-Nr. 14

## 1. Protokollgenehmigung

### Protokollgenehmigung 11. April 2025

#### Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 11. April 2025 wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 15

## 2. Genehmigung Jahresrechnung 2024

### Vorstellung Traktandum

**Finanzreferent Roman Suter:** Er erläutert die Jahresrechnung 2024 anhand einer PowerPoint-Präsentation.

### Bericht Kommission

**Beat Leu, GLP, GPK:** Der GPK-Bericht ist allen zugänglich, somit erläutert er nur die Kernaussagen zur Jahresrechnung 2024. Die GPK konnte die Jahresrechnung 2024 prüfen und ist auf keine Sachverhalte gestossen, welche nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprechen. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Defizit von CHF -765'272.49 ab, was knapp unter dem budgetierten Defizit liegt.

Die GPK bewertet das Ergebnis kritisch, in Anbetracht der geplanten Ausgaben in den kommenden Jahren. Gemäss Finanzplan für die Jahre 2026-2028 wäre mit dieser Tendenz das gesamte Eigenkapital Ende 2028 aufgebraucht. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz sind Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Als GPK empfehlen sie dem Stadtrat, sich mittelfristig und langfristig über allfällige Gebührenanpassungen und/oder Steuererhöhungen Gedanken zu machen. Es stellt sich die Frage, wann der «point of no return ist», wann also Steuern oder Gebühren erhöht werden müssen. Diese Planung sollte langsam angegangen werden.

Die externen Honorare sind wieder leicht gestiegen. Als GPK empfehlen sie dem Stadtrat die Ausgaben für externe Berater mit Bedacht einzusetzen. Hier hofft die GPK, dass möglichst viel selbst gemacht werden kann, bevor Leistungen eingekauft werden. Der GPK ist jedoch bewusst, dass die Stadt nicht alles selbst machen kann, gerade in juristischen Bereichen.

Die Ausgaben im Alterszentrum steigen von Jahr zu Jahr kontinuierlich. Als GPK empfehlen sie dem Stadtrat mit der Betriebskommission Alterszentrum die Kostenentwicklung genau zu analysieren.

Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat, die Jahresrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF - 765'272.49 zu genehmigen.

Für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, insbesondere dem Finanzreferenten, und der Zentralverwaltung bedankt sich die GPK und wünscht Isabel Signer alles Gute für die weitere Zukunft.

### Eintreten

**Claudio Götz, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion:** Sie sind für Eintreten. Er möchte dennoch den Ball der GPK aufnehmen und darauf hinweisen, dass ein Problem bzw. eine Herausforderung in Bezug auf die Finanzen bestehen. Es werden Massnahmen gefordert sein, um das Defizit auszugleichen. Dazu sind wir verpflichtet. Auch der Einwohnerrat hat seinen Beitrag dazu beizutragen. Einfach könnte man die Steuern erhöhen, damit das Defizit wieder ausgeglichen ist, aber das wird nicht der erfolgreiche Weg

sein. Aus diesem Grund werden alle gefordert, auch in Zukunft vielleicht schmerzliche Verzichte zu bringen bzw. einzugehen, um die Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Er möchte keine Panik schüren, aber diese Entwicklung hat sich bereits abgezeichnet. Er bittet dies bei der Budgetdebatte auch entsprechend zu berücksichtigen.

**Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion:** Sie bedanken sich an erster Stelle bei der Bereichsleiterin Finanzen, Isabel Signer, für die kompetente und innovative Tätigkeit für die Stadtfinanzen. Sie nehmen mit grossem Bedauern zu Kenntnis, dass sie die Stadtverwaltung verlässt. Die finanziellen Aussichten sind nicht gerade rosig und es ist eine Herausforderung. Im Jahr 2024 gab es eine Zuwanderung, wobei die Steuern der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger noch nicht bekannt sind. Vielleicht gibt es daraus einen Ertrag, aber das spiegelt sich erst im nächsten Jahr wider. Sie sind nicht zwingend für Gebührenerhöhungen, aber es wird vielleicht trotzdem darauf hinauslaufen, dass das eine oder andere überprüft werden muss. Aussenraummiete ist allenfalls auch ein Punkt, der noch einmal angeschaut werden muss. Es muss grundsätzlich geschaut werden, dass mehr Geld eingenommen wird. Es gab auch viele Sachen, die umgesetzt wurden wie zum Beispiel die IT-Umstellung, was auch verständlich ist, wenn in einem solchen Fall viel Beratung von Extern in Anspruch genommen wird. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

## Detailberatung

*Seite 12*

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Es ist ersichtlich, dass die juristischen Personen einen sehr kleinen Anteil der Steuern ausmachen. Zudem hat Finanzreferent Roman Suter zuvor schon darauf aufmerksam gemacht, dass es CHF 400'000.00 weniger als im Vorjahr sind. Sie fragt sich, ob man mehr Industriefirmen in Stein am Rhein ansiedeln kann. Im Legislaturprogramm, das später noch vorgestellt wird, ist ihr aufgefallen, dass dieses Thema nicht enthalten ist bzw. sie es nicht gesehen hat.

**Finanzreferent Roman Suter:** Gewerbe und Industrie sind wichtig für Arbeitsplätze. Wenn man das Verhältnis der juristischen Personen zu den natürlichen Personen betrachtet, ist der Anteil der natürlichen substanziell grösser. Grosse Firmen sind wichtig und es wäre schön, wenn eine internationale Firma nach Stein am Rhein kommen würde. In Schaffhausen hat es ein paar grosse Firmen, welche den grössten Anteil der Steuereinnahmen im Kanton einbringen. Gesamtschweizerisch ist der Kanton Schaffhausen an der Spitze, wenn es um das Verhältnis der Steuereinnahmen von juristischen, welche so viel höher sind, zu natürlichen Personen geht – vor Zug vor Basel etc. Stein am Rhein hat zugegebenermassen davon weniger. Die Speckgürtelgemeinden Thayngen, Neuhausen, Schaffhausen etc. haben mehr davon. Unter Umständen hat Stein am Rhein auch gar kein Land, um solche grossen Firmen anzusiedeln. Nichtsdestotrotz muss man das im Auge behalten und der Stadtrat ist auch im Austausch mit dem Kanton und der Wirtschaftsförderung.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Im Finanzausgleich wurde ein neuer Ausgleich geschaffen, wobei Stein am Rhein mit mehr Einnahmen rechnen kann. Stein am Rhein wird mehr von der direkten Bundessteuer erhalten und der Anteil, den der Kanton bis jetzt bezahlt hat, wurde erhöht. Der Stadtrat ist selbstverständlich in regelmässigem Austausch mit der Wirtschaftsförderung und schaut sich viele Projekte an. Es gibt immer wieder Gespräche mit Interessenten. Einmal musste der Stadtrat eine Absage erteilen, weil die Firma nicht das war, was der Stadtrat wollte. Es ist kein Legislaturziel, da es schwierig und zu aufwändig wäre – dafür gibt es die Wirtschaftsförderung.

*Seite 11*

**Werner Käser, FDP:** Die Titel wurden vertauscht.

**Isabel Signer, Bereichsleiterin Finanzen:** Das haben sie auch schon festgestellt und wird noch korrigiert.

*Seite 26*

**Niels Müller, Pro Stein:** Er hat einen allgemeinen Hinweis. Leider ist es im HRM2 nicht vorgesehen, dass man Aufwand und Ertrag von einzelnen städtischen Liegenschaften ausweist. Er wünscht sich, dass man den Aufwand und Ertrag z.B. vom Bürgerasyl, Herfeld aus der Jahresrechnung herauslesen könnte.

**Isabel Signer, Bereichsleiterin Finanzen:** In der Detailerfolgsrechnung, z.B. S. 102 (Herfeld), ist das ersichtlich.

*Seite 52*

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Erneuerung Mehrzweckhalle Schanz, Dachgeschoss Planstudie; weiter hinten steht noch etwas bezüglich dem Büro: Was ist das?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Es wurde ein Kredit für eine Analyse eingestellt, um zu prüfen, was in der Mehrzweckhalle Schanz im Zusammenhang mit der Vorhalle und dem darüberliegenden Geschoss, das jetzt leer steht, für Nutzungen möglich sind. Beispielsweise die Erschliessung des Lehrerzimmers mit einer Treppe. Dies wurde geprüft und im selben Kredit war auch die Thematik mit der Aufteilung der Schulleitungen. Ob es aus dieser Analyse einen Kreditantrag geben wird, ist noch offen, da noch auf die neuen Schulleitungen gewartet wird. Die Aufteilung der Schulleitungen wurde schon dreimal geplant, aber die Schule fand dann immer kurzfristig, dass keine Aufteilung notwendig ist. Deshalb wird auf die neuen Schulleitungen gewartet, um deren Raumbedürfnisse abzuholen.

*Seite 53*

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Anschaffung Kinderwagenunterstand der Kita: Dieser wurde schon vor 1.5 Jahren versprochen. Deshalb möchte sie fragen, wann dieser kommt.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Der Kinderwagenunterstand wurde nicht einfach umgesetzt, da zuerst die Vorstudie fertiggestellt wurde. Man wollte nicht etwas installieren, was allenfalls schlussendlich nicht dorthin gehört. Jetzt kann der Kinderwagenunterstand umgesetzt werden. Seine letzte Information ist, dass dies nun abgewickelt wird.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Beschluss Nr. 25 und 256 betreffend Kita im Charakter eines Vorprojekts oder einer Planung: Wurden bewusst Exekutivkredite gesprochen und nicht über den Einwohnerrat gegangen?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Die Vorstudie war budgetiert, als Voraussetzung um anschliessend eine Kreditvorlage zur Sanierung des Kita-Gebäudes zu erarbeiten und an den Einwohnerrat hervorzubringen. Es hat sich abweichend zum budgetierten Vorprojekt ergeben, dass es Mehrkosten aufgrund von Auflagen von Kanton und der Denkmalpflege und auch der Komplexität gibt. Deshalb hat der Stadtrat einen Exekutivkredit – aufgeführt in der Exekutivkreditliste - gesprochen, um die Vorplanung fertig zu machen. Der Einwohnerrat wird demnächst mit den entsprechenden Unterlagen bedient.

*Seite 67*

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Honorare externe Berater: Es gab verschiedene Exekutivkredite für Konfliktklärung und Teamentwicklung sowie Rekrutierung und ad interim Lösungen für die Schulleitungen. Das ist für sie so weit klar. Es sind neue Schulleiter im Amt bzw. demnächst. Sie hofft sehr, dass jetzt Ruhe in die Schule kommt. Sie hört viel Negatives von Lehrern und Kindern. Viele Lehrerinnen und Lehrer ihrer Tochter arbeiten nicht mehr an der Schule.

**Finanzreferent Roman Suter:** Simone Good-Ehrensperger spricht dem Stadtrat aus dem Herz. Der Stadtrat ist sehr bemüht und unterstützt die Schulbehörde überall, wo es notwendig ist. Der Stadtrat hat ein Wohlwollen gegenüber der Schule.

*Seite 85*

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Shuttlebus (5440.3636.90): Sie ist überrascht, dass die Stadt den Anlass so viel unterstützt im Vergleich zu anderen. Sie mag das Festival, findet aber, dass die jungen Leute den Shuttle selber bezahlen könnten, sodass die Stadt das Geld lieber für die einheimischen Vereine ausgeben kann.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Es handelt sich hierbei um einen Steiner Verein, der eine lange Tradition hat – früher Klingenopenair. Es sollte etwas Wert sein, dass die jungen Leute sicher an die Veranstaltung hoch und wieder runterkommen.

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Sie findet es überhaupt nicht im Verhältnis.

**Finanzreferent Roman Suter:** Der Shuttle ist eine Position, CHF 4'000.00, in diesem Konto. Die restlichen CHF 8'500.00 sind andere Beiträge an andere private Organisationen. Es ist etwas missverständlich formuliert in der Jahresrechnung.

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Dann ist es für sie in Ordnung.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Entnahme von CHF 765'272.49 aus dem zweckfreien Eigenkapital zur Deckung des Aufwandüberschusses wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 16

### **3. Erhöhung des Schulleitungs- und Sekretariatspensums als Folge der Vorgaben zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen im Kanton Schaffhausen**

#### **Vorstellung Traktandum**

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Der Stadtrat beantragt die Zustimmung zu einer Schulleitungs-Pensenerhöhung um 20 % und einer ebenso hohen im Schulsekretariat. Beide Pensenerhöhungen basieren auf den Empfehlungen des Kantons in Hinblick auf eine kantonsweite gesetzliche Einführung und folglich auch Mitfinanzierung durch den Kanton, wobei das Sekretariatspensum zugegebenermassen freiwillig eingerichtet werden kann. Die vorgeschlagenen Schulleitungs-Pensen sind nachvollziehbar und beruhen auch auf den Erfahrungen, was diese Stelleninhaber/-innen als Aufgabe erfüllen müssen. Der Wert, dass bei 238 Schülerinnen und Schülern ein Schulleitungspensum von 100 % vorzusehen ist, wird in §63a Abs 1 im Schuldekret aufgenommen werden. Die Stadt Stein am Rhein hat dem Kanton eine Schülerzahl angegeben, was ein Pensum von 178 % bei den Schulleitungen generiert. Unterdessen sind die Schülerzahlen gestiegen, es gibt sieben Schülerinnen und Schüler mehr und es wird in den nächsten zwei bis drei Jahren durch Zuzüge noch mehr Schülerinnen und Schüler geben, aber nach dem Prognosestand von heute, könnten die Zahlen auch wieder sinken. Deshalb beantragt der Stadtrat nicht 180 % sondern 160 %, also zwei 80%-Pensen. Die fehlenden 20 % werden mit dem Antrag um Erhöhung des Schulsekretariatspensums berücksichtigt, das in Zukunft durch eine Anpassung des Stellenbeschriebs die Schulleitungen unterstützen soll. Selbstverständlich soll die Stelleninhaberin von den Schulleitungen eng in die zusätzlichen Verantwortungsbereiche eingeführt werden. Die Kommission SGBBKW hat ihre Überlegung formuliert, ob nicht gewisse Aufgaben des Schulsekretariats an die Verwaltung der Stadt Stein am Rhein übertragen werden können. Hierzu muss der Stadtrat klar festhalten, dass die Kanzlei keine freien Kapazitäten hat, um auch Aufgaben aus der Schule zu übernehmen. Auch wären die Wege zu weit und zu lange. Auch in der Kanzlei wäre eine Stellenplanerhöhung notwendig, da es sehr schulspezifische Themen sind, welche das Schulsekretariat erfüllen muss. Mit der bereits erfolgten Anstellung der zwei neuen Schulleitungen zu je 80 %, was auch so offen in der Vorlage formuliert wurde, hat der Stadtrat seine Kompetenz überschritten, wofür sie sich im Namen des Stadtrats entschuldigt. Die angespannte Situation in der Schule ist bekannt und auch welche Bedeutung die Neuanstellung der guten Kandidatin bzw. des guten Kandidaten, welche sich präsentiert haben, hatte. So wollte der Stadtrat schnell die Gelegenheit nutzen und die Kandidatin bzw.

den Kandidaten anstellen. Die Schulleitungen, welche angestellt werden konnten, hätten mindestens noch drei weitere Stellen annehmen können, weshalb man manchmal zuschlagen und ein geplantes 60%-Pensum auf ein 80%-Pensum erhöhen muss, wenn jemand nur bereit ist 80 % zu arbeiten. Dafür möchte sich der Stadtrat entschuldigen. Der Stadtrat ist heute überzeugt davon, dass zwei äusserst kompetente Schulleitungen mit Stellenantritt 1. Februar 2025 bzw. 1. Juli 2025 gefunden wurden und einen grossen Gewinn bringen werden. Sie bittet den Einwohnerrat, trotz Kompetenzüberschreitung, die Sache selbst zu beurteilen und die Notwendigkeit des in ihren Augen minimalen Schulleitungspensums zu unterstützen und auch das Schulsekretariat zu unterstützen, damit das Unterpensum der Schulleitung auch tatsächlich professionell getragen werden kann, sodass in der Schule nicht wieder ein Ressourcenproblem entsteht.

## **Bericht Kommission**

**Marco Suter, FDP, SGBBKW:** An der Sitzung vom 27. März 2025 hat sich die Kommission mit der Vorlage des Stadtrats zur Erhöhung der Schulleitungspensen auseinandergesetzt. Die Kommission wurde durch Stadträtin Carla Rossi über die Ausgangslage und die kantonale Entwicklung und die geplanten Massnahmen informiert. Die Kommission hat eingehend diskutiert und nimmt zu den einzelnen Teilen wie folgt Stellung: Die Kommission anerkennt, dass die Einführung von Schulleitungen mit Kompetenzen, die wachsenden Anforderungen an die Schulführung, sowie die Zunahme der Schülerzahlen eine solide personelle Ausstattung erfordern. Der Vorschlag zur Erhöhung des Schulleitungspensums auf 160 % wird als sinnvoll und notwendig beurteilt. Diese Anpassung orientiert sich an den vom Kanton Schaffhausen empfohlenen Richtwerten von 0.42 % pro Schülerin bzw. Schüler. Zudem plant der Regierungsrat die flächendeckende Einführung von geleiteten Schulen per 1. Januar 2026, inklusive einer finanziellen Beteiligung an den Kosten der Schulführung. Die Erhöhung ist somit sowohl aufgrund der aktuellen Schülerzahlen als auch im Hinblick auf eine künftige Kostenentlastung gerechtfertigt. Hinzu kommt, dass die Besetzung von 60 %-Stellen im Führungsbereich sehr schwierig ist. Mit zwei 80 %-Stellen konnten qualifizierte Führungspersonen gefunden werden, was für eine tragfähige Lösung spricht. Die beantragte Erhöhung des Sekretariatspensums von 70 % auf 90 % wurde hingegen mehrheitlich abgelehnt. Die Kommission erachtet diese Erhöhung als nicht ausreichend begründet. Es ist nicht klar, wieso ein zusätzlicher administrativer Aufwand entstehen soll und so die vorgeschlagene Aufstockung rechtfertigt. Auch wurde die Möglichkeit erwogen, ob gewisse Aufgaben durch bestehende Stellenprozente in der Stadtverwaltung übernommen werden könnten. Soeben wurde vernommen, dass dies nicht der Fall sein kann. Dies müsste allerdings noch im Detail geprüft werden, was offensichtlich bereits erfolgt ist, weshalb die Kommission die Antwort von Carla Rossi zur Kenntnis nimmt.

Die Kommission SGBBKW beantragt dem Einwohnerrat:

- der Erhöhung des Schulleitungspensums von 140 % auf 160 % zuzustimmen;
- die Erhöhung des Sekretariatspensums von 70 % auf 90 % abzulehnen.

## **Eintreten**

**Niels Müller, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion ist für eintreten. Sie sind überzeugt, dass sich der Einwohnerrat sachlich mit der Thematik von der Erhöhung der zwei Pensen auseinandersetzen sollte, und unterstützt die Behandlung im Rahmen der Sitzung. Die Fraktion unterstützt grundsätzlich die Haltung der Kommission betreffend Ablehnung zur Pensenerhöhung Schulsekretariat mit grosser Mehrheit und zur Zustimmung Pensenerhöhung Schulleitung mehrheitlich.

**Peter Keller, SP, SP-Fraktion:** Die SP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten auf diese Vorlage. Es sind zwei Sachen enthalten: Einerseits die Schulleitung und andererseits das Schulsekretariat. Die Fraktion der SP ist geschlossen der Auffassung, dass sich die Erhöhung der Stellenprozent der Schulleitung der Primar- und Oberstufe unbestritten ist und folgt entsprechend dem Bericht der Kommission. Beim Schulsekretariat ist es nicht ganz identisch. Das Schulsekretariat wurde in der Fraktion eingehend diskutiert, auch kontrovers, und es hatten nicht alle dieselbe Meinung, was auch zur Kenntnis

genommen werden muss. Was sich aber herausgestellt hat ist, dass Carla Rossi an der besagten Kommissionssitzung zu wenig darlegen konnte, weshalb es die Stellenerhöhung tatsächlich benötigt. Dazu ist noch ein kleiner Bericht hängig, der ihnen zu diesem Thema versprochen wurde. Andererseits ist ihnen auch bewusst, dass das Schulsekretariat ein ganz neues umfangreiches Pflichtenheft erhalten hat. Wenn man dieses durchliest, wird einem auch ohne den erwähnten Bericht klar, dass eine Stellenerhöhung notwendig ist. Dies wird unumgänglich sein. Eine in der Kommission angesprochene Möglichkeit, einige Aufgaben an die Stadtverwaltung auszulagern, lehnt die SP und die SP-Fraktion vehement ab, da diese Variante grundsätzlich untauglich ist. Hinzu kommt, dass man aufgrund der Lehrersituation im Kanton Schaffhausen mit vergleichsmässig tiefen Löhnen sich bemühen muss, um in der Schule Personal zu bekommen. Eine Möglichkeit könnte sein, dass die Lehrer vom Schulsekretariat Unterstützung erhalten. Denn ein Schulsekretariat muss die Lehrpersonen unterstützen und die Elternbetreuung übernehmen, was alles immer schwieriger wird. Diese Person kann dann auch entsprechend Entlastung anbieten. Auch wenn heute der Einsatz der Informationssoftware «Klapp» einiges abfedert, fällt vor allem durch das Migrationsproblem für die Betreuung im Kindergarten und in der Primarschule einiges an zusätzlicher Beratung an. Es ist bekannt, dass eine Beratung fünf Minuten dauern kann aber auch eine halbe Stunde, wenn man es seriös macht. Auch das kann man nicht wirklich in Prozent ausdrücken, was schlussendlich für Anforderungen an eine solche Stelle gestellt werden. Abgesehen davon, auch wenn es vom Klapp möglicherweise eine neue Variante gibt, muss auch dieses unterhalten und betreut werden. Zudem ist bereits, wie von Carla Rossi erwähnt, auf den 1. Januar 2026 eine Teilfinanzierung durch den Kanton von rund 40 % dieser Stellen geplant. Dies wird unter dem Strich später günstiger als es bis heute war.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Sie hat ausgerechnet, dass ca. CHF 390'000.00 pro Jahr vom Kanton für die Schulleitung und Schulverwaltung übernommen werden würden.

**Peter Keller, SP, SP-Fraktion:** Unter dem Strich sollte gemäss seiner persönlichen Meinung den 90 % trotzdem zugestimmt werden, auch wenn Differenzen bestehen. Ohne jemandem von der bürgerlichen Seite zu nahe zu treten: Es kam ihm so vor, als ob es um eine Stellenkürzung geht, was er schade findet, da die Schule der falsche Ort ist dafür, denn das ist unsere Zukunft. Die SP-Fraktion erwartet vom Stadtrat, falls diese Erhöhung abgelehnt wird, dass dieses Thema zeitnah noch einmal aufgenommen und wieder auf das Tapet gebracht wird, um das noch einmal zu diskutieren unter neuen Vorzeichen.

**Claudio Götz, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion:** Wenn sie als bürgerliche Fraktion im negativen Sinn erwähnt sind, möchte er klarstellen, dass sie nicht Stellen kürzen oder streichen möchten. Es geht um eine kritische Betrachtung dieser Vorlage. Zum damaligen Informationsstand an der Fraktionssitzung, lagen nicht alle Informationen vor. Scheinbar sind bis heute nicht alle Informationen an alle durchgedrungen. Er kann nur raten, wenn diese Schulsekretariatsstelle wichtig ist, den Antrag zurückzustellen oder zurückzunehmen, um die Informationen aufzubereiten und noch einmal in den Einwohnerrat zu bringen und heute über die Schulleitungen zu beraten. Das wäre ein Vorschlag im konstruktiven Sinne ihres Rechts.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Sie dankt für den Hinweis bzw. Erinnerung. Sie ist nicht davon ausgegangen, dass sie eine schriftliche Begründung möchten. Sie hat vorbereitet, dies heute mündlich an der Sitzung zu machen.

### **Detailberatung**

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er möchte den Ordnungsantrag stellen, den Antrag bezüglich dem Schulsekretariatspensum zurückzuweisen.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Erhöhung des Schulsekretariatspensums um 20 % als Folge der Empfehlungen zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen im Kanton Schaffhausen wird mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zurückgewiesen.

*Anmerkung der Protokollführerin: Es handelt sich hierbei um einen Rückweisungsantrag gemäss Art. 29 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats.*

**Claudio Götz, Pro Stein:** Ist es korrekt, dass der Kantonsrat noch nichts bezüglich der Gegenfinanzierung entschieden hat?

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Es ist noch nicht ganz entschieden. Auch der Mechanismus wie viel Prozent der Kanton übernehmen würde, erhöht er die Lehrerlöhne, bezahlen die Gemeinden weiterhin die Schulleitungen oder gibt es einen Kostenteiler, ist noch unklar bzw. sie weiss nicht mehr.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Diese Vorlage ist aktuell in der Spezialkommission des Kantonsrats, in welcher auch Irene Gruhler Heinzer und Corinne Ullmann sind. Im Moment ist es so, dass sie den Prozentsatz von 42.3 %, den der Kanton aktuell an die Lehrerlöhne bezahlt, auf 45.6 % erhöhen würden. Allerdings kamen an der letzten Kommissionssitzung noch Fragen auf, die offen sind, es wird aber sicher in diesem Bereich liegen. In der Vernehmlassung ist auch klar herausgekommen, dass sich der Kanton beteiligen muss. Für die Lehrerlöhne wurde ein Satz angenommen, aber das muss noch einmal verifiziert werden. Es ist nicht in Frage gestellt, dass die Gemeinde plötzlich alles selbst bezahlen muss.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Die SP und SVP werden das bestimmt unterstützen und hoffen auf zeitige Behandlung im Kantonsrat, da sie die Notwendigkeit sehen. Alle Parteien sind eigentlich bemüht, etwas Gescheites zu erreichen, damit auf den 1. Januar 2026 damit gerechnet werden kann. Aber man kann es noch nicht definitiv sagen, wobei demnächst wieder eine Spezialkommissionssitzung ansteht und dann werden sie weiterschauen, damit es in den Kantonsrat kommt.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Es ist wie bereits angesprochen bekannt, dass die Lehrpersonen im Kanton Schaffhausen schlecht verdienen. Wird dieses Thema mit dieser Vorlage auch behandelt, um konkurrenzfähig zu werden?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Dies ist eine andere Diskussion.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er stellt fest, dass es rein um die Schulleitung und das Schulsekretariat geht.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Das Thema Lehrerlöhne wird auch aufgenommen, aber dies dauert noch.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Das ist immer wieder eine Diskussion im Kantonsrat und etwas, was man gut besprechen und diskutieren muss.

#### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Der Erhöhung des Schulleitungspensums um 20 % als Folge der Vorgaben zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen im Kanton Schaffhausen wird mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

---

Beschluss-Nr. 17

#### **2. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zum Postulat «Erstellung 4. zweiter Notausstieg an der Schiffländi»**

#### **Vorstellung Traktandum**

**Baureferent Ulrich Böhni:** Die Zusammenfassung ist im Antrag formuliert. Er möchte sich im Namen des Stadtrats entschuldigen, dass sie eine Fristerstreckung erheben müssen, das machen sie nicht gerne. Sie mussten dies aus personellen Gründen machen. Zudem hat sich die Stellungnahme eines externen Büros aus Gründen, die sie nicht beeinflussen konnten, verzögert. Bereits der Termin vor Ort hatte sich verzögert und die Verfassung des Berichts hat sich verzögert. Beim Versand dieses Antrags ist dann der Bericht eingegangen. Gestern wurde die Vorlage intern fertig besprochen, welche jetzt dann in den Stadtrat kommt. Der Stadtrat garantiert, dass diese Vorlage für die nächste Einwohnerratssitzung bereit ist.

## Detailberatung

**Werner Käser, FDP:** Er spricht in eigenem Namen und im Namen der bürgerlichen Fraktion. In der Fraktion hat sich ein gewisser Unwille darüber kundgetan, dass für die Behandlung von einem vergleichsweise einfachen Postulat neun Monate nicht ausreichen. Sie bitten darum, dies nicht mit fehlenden Ressourcen zu begründen. Wir werden in regelmässigen Abständen mit Anträgen um erhöhte Stellenpensen konfrontiert, auch heute wieder. Er kann sich an kaum einen Vorstoss zurückerinnern, in welchem die vorgängige Frist nicht verlängert werden musste. Wenn wir die Fristverlängerung im Einwohnerrat ablehnen, haben sie trotzdem keine Antwort. Bei der letzten Verlängerung sagte er: «Lieber eine gute Antwort als eine schnelle». Er bittet, dies nicht überzustrapazieren. Umso mehr, als der Bericht der BFU mittlerweile vorliegen würde. Er empfiehlt deshalb, dem Ersuchen mit Zähneknirschen zuzustimmen.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er wünscht sich bei diesem Postulat den selben Enthusiasmus wie beim Rathaussanierungsprojekt, dann hätten sie vielleicht schon eine Antwort.

**Ruth Metzger, SVP:** Sie hat eine Frage. Der Bericht der BFU ist jetzt gekommen, aber das ist keine amtliche Stelle und hat auch keine Weisungsbefugnis. Wurde von Seiten Postulat auch jemand miteinbezogen in dieser Begehung oder was es geben muss, damit die BFU einen Bericht schreiben kann?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Es gibt grundsätzlich in dieser gesamten Fragestellung, ausser allfällige Bewilligungsbehörden wie Baubewilligungsverfahren, keine Stelle, die eine absolute Weisungsbefugnis hat. Auch alle anderen wie die SLRG etc., die auch bereits eingeladen wurden, nicht. Dadurch, dass es so unterschiedliche Meinungen gab, auch zum Thema SLRG, wo es Leute gab, die sich selber berufen gefühlt haben, dies anders zu beurteilen als die SLRG. Deshalb herrschte im Stadtrat die Meinung, noch eine externe Stelle anzufragen, weshalb es so zu dieser BFU-Anfrage kam. Diese Dokumente werden auch alle zur Verfügung gestellt. Er versteht den Unmut und wäre unmutig, wenn er auf der anderen Seite sitzen würde. Schlussendlich hat er einfach mitgeteilt, wie es jetzt ist, aber an mangelndem Enthusiasmus des Stadtrats oder den Beteiligten in der Verwaltung liegt es grundsätzlich nicht. Aber es ist unbefriedigend und er kann sich dieser Meinung durchaus anschliessen.

## Der Einwohnerrat beschliesst:

Die 2. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragsstellung zum Postulat «Erstellung zweiter Notausstieg an der Schiffländi» wird mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen genehmigt.

**Werner Käser, FDP:** Verständnisfrage: Wenn die Frist jetzt bis am 30. September 2025 verlängert wird. Dürfen wir dann davon ausgehen, dass über das Postulat an der Einwohnerratssitzung vom 19. September 2025 berichtet wird?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Ja, an der nächsten Sitzung wird über das Postulat beraten.

---

Beschluss-Nr. 18

## 5. Vorstellung Legislaturprogramm

### Vorstellung Traktandum

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Alle, die das Legislaturprogramm bereits studiert haben, haben bestimmt festgestellt, dass es kein riesiger Wurf ist. Der Stadtrat hat mehr versucht zu depriorisieren, damit man sich auf die wirklich wichtigen Themen konzentrieren kann, weil noch vieles anderes läuft. An der Klausurtagung vom 7. und 8. März 2025 hat der Stadtrat das Legislaturprogramm erarbeitet und sich mit allen bestehenden Geschäften auseinandergesetzt aber auch mit neuen Vorhaben, die interessant sind und er gerne umsetzen möchte, haben aber auch vieles auf der Seite gelassen. Das

oberste Ziel ist es, nur Vorhaben umzusetzen, die auch selber finanziert werden können. Der Stadtrat ist ein wenig gehemmt, auch aufgrund der vielen laufenden Projekte, die auch finanziert werden müssen. Deshalb müssen jetzt Prioritäten gesetzt werden. Und es geht auch darum, was personell umgesetzt werden kann. Der Stadtrat hat vier Schwerpunkte gesetzt: Zusammenarbeit / Quartier, Wohnen & Natur / Freizeit & Kultur / Infrastruktur. Zu diesen Schwerpunkten wurden jeweils Handlungsfelder festgelegt. Zum Schwerpunkt 1 «Zusammenarbeit» möchte der Stadtrat weiterhin einen aktiven Austausch mit der Bevölkerung, der Wirtschaft, den Interessensgruppen und zu den Stiftungen pflegen. Auch die Besuchsstunden bei ihr sind sehr wichtig und werden auch besucht und sollen beibehalten werden. Hierzu möchte der Stadtrat auch ein Kommunikationskonzept, was in der Schublade bereits bereit liegt und nur noch fertig ausgearbeitet werden muss, um es anschliessend im Stadtrat zu behandeln. Das steht quasi vor der Tür bzw. Vollendung. Handlungsfeld 2 «Konsultation der einwohnerrätlichen Kommissionen gestalten»: Anfangs Jahr ist sie auf die Kommissionen zugegangen und hat gefragt, ob man sie für ein Soundingboard nutzen könnte. Auch das möchte der Stadtrat in den Bereichen weiterpflegen und auch so durchziehen, dass der Stadtrat auch an sie gelangen darf, wenn man etwas besprechen oder einen ersten Teil von einem Konzept anschauen möchte, um die Meinungen abzuholen. Sie hofft, dass man das durchziehen kann. Zum Handlungsfeld 3 «Attraktiver Arbeitgeber sein»: Dies ist aktuell mit dem vorhandenen Fachkräftemangel und der grossen Konkurrenz, die nicht schläft. Es muss wirklich darauf geachtet werden, dass gute und moderne Arbeitsstrukturen im Rathaus geschaffen werden können. Aber auch mit der Fortsetzung des betrieblichen Gesundheitsmanagements, wo man noch im Prozess ist mit den Mitarbeitenden, hat sich schon einiges getan. Handlungsfeld 4 «Zusammenarbeit mit Jakob und Emma Windler-Stiftung stärken»: Der Stadtrat möchte gerne weiterhin regelmässig mit den verschiedenen Organen der Jakob und Emma Windler-Stiftung zusammenarbeiten und zusammen diskutieren. In der Jakob und Emma Windler-Stiftung gibt es neue Strukturen mit der neuen Geschäftsleiterin, welche sehr aktiv ist. Da muss darauf geachtet werden, dass wir nachkommen und am Ball bleiben können, nicht dass auf verschiedenen Ebenen an den selben Ideen gearbeitet wird. Mit dem wurde bereits gestartet und es funktioniert gut. Wie bisher kann der zuständige Referent in den Stiftungsrat geholt werden, wenn es um grosse Projekte geht, die persönlich vorgestellt werden können. Das wird sehr geschätzt und soll auch so beibehalten werden, so wie auch der Einwohnerrat für einen Austausch eingeladen wird und auch der Stadtrat zweimal pro Jahr einen Austausch mit der Stiftung hat. Der Schwerpunkt 2 sind Quartiere, Wohnen und Natur. Dort geht es um die Erarbeitung der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) mit der Hoffnung, dass diese bis zum Ende dieser Legislatur vorliegt. Daran wird intensiv gearbeitet, wobei dies ein hochgestecktes Ziel ist. «Quartiere weiterentwickeln» betrifft beispielsweise die Entwicklung des Herfeld-Areals und die Erarbeitung einer Strategie, wo zukünftig der Standort für den Werkhof und die Feuerwehr sein soll, was natürlich direkt mit der 1. Massnahme, der Entwicklung des Herfeld-Areals, abhängt. Dies ist ein Ziel, was man früher oder später angehen muss. Zum Handlungsfeld 3 «Familien-Wohnbau fördern»: Hier geht es um die Umsetzung der Entwicklung und Erschliessung des Eggli-Areals, was aber bereits nach hinten geschoben wurde, dies wird im Moment nicht behandelt, vielleicht nächstes oder übernächstes Jahr. Zu Handlungsfeld 4 «Grünflächen im bebauten Raum und Biodiversität fördern»: Dies wird vor allem auch innerhalb der Erarbeitung der BNO berücksichtigt, worin auch die Förderung der Biodiversität miteinbezogen wird. Die Erarbeitung eines Konzepts würde der Stadtrat gerne nächstes Jahr machen, aber die Terminierung der Ziele ist noch ausstehend. Beim Thema «Wohnformen im Alter entwickeln» geht es um die Weiterführung der Umsetzung des Altersleitbilds, damit man aktiv dranbleibt. Beim Schwerpunkt 3 «Freizeit und Kultur» geht es hauptsächlich um Vereine sowie kulturelle und sportliche Anlässe, die der Stadtrat weiterhin unterstützen und fördern möchte. Es wurde ein Forum Vereine gebildet, das einmal pro Jahr immer am ersten Montag im November stattfindet, wo die Mitglieder aus den verschiedensten Vereinen für einen Austausch eingeladen werden, wobei auch Informationen weitergegeben werden können etc. Auch die Organisation einer Vereinswoche, welche dieses Jahr vom 25. bis 31. August 2025 stattfindet, gehört dazu. In dieser Woche öffnen die Vereine ihre Tür für Interessierte Leute. Die Stadt unterstützt die Vereine mit der Organisation des Flyers und allgemein mit der Werbung, den Rest müssen die Vereine selber machen. Zudem muss das Konzept für das Schützenhaus entwickelt werden, wobei noch eine andere Frage hineinkam. Auch dort ist man zweigleisig unterwegs, weshalb am 2. Juli 2025 noch ein Treffen mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung ansteht. Und anschliessend kann darüber berichtet

werden, was sich dort ergeben hat. Auch die Erarbeitung eines Konzepts für Kunst im öffentlichen Raum muss noch erarbeitet werden. Die Jakob und Emma Windler-Stiftung hat den Altar, der auf der Wiese neben dem Espi steht, gekauft, wofür die Stadt für fünf Jahre eine Bewilligung erteilt hat, wobei bis in fünf Jahren ein Konzept erarbeitet werden muss. Die Jakob und Emma Windler-Stiftung wird die Stadt dabei unterstützen, da sie Fachpersonen haben. Handlungsfeld 2 «Kinder- und Jugendfreundliche Gemeinde (Unicef-Label weiterführen)»: Dort ist man am Aktionsplan 2 dran. Das Label darf weitergeführt werden und dort ist Carla Rossi auch dran, nicht mehr mit vollgas, aber es gibt Sachen, die der Stadtrat umsetzen möchte. Handlungsfeld 3 «Chance des Tourismus erkennen und fördern»: Es wurde ein Tourismusentwicklungskonzept erarbeitet, was dem Einwohnerrat bereits vorgestellt wurde. Dort ist der Stadtrat besonders an der Besucherlenkung dran und bei der Erlangung der Auszeichnung zum Best Tourism Village. Es wurde bereits versucht, einen Workshop zu organisieren, es gibt eine neue Terminumfrage. Das Tourismusentwicklungskonzept müssen jetzt die zuständigen Stakeholder, Leistungserbringer, Gewerbe etc. bearbeiten, sie haben die Charta mitunterschieden. Es tut sich einiges. Man darf sich auf das Ergebnis freuen. Schwerpunkt 4 «Infrastruktur»: Das ist das grösste Portfolio, wobei es um die Umsetzung bedeutender Bauprojekte geht. Es gibt bestehende Projekte wie die Umsetzung Neugestaltung Schifffländli, die Sanierung des Rathauses, des Haus zum Steinbock sowie des Zeughauses, der Ersatz der Bootssteganlage sowie die Neugestaltung des undere Obschtmäarkt. An diesen Projekten wird weitergearbeitet, weshalb keine neue dazugekommen sind. Zu Handlungsfeld 2 «Mittelfristige Schulraumstrategie erarbeiten»: Hier geht es um die Sanierung der Kita, wozu demnächst eine Vorlage kommt, wie dies Baureferent Ulrich Böhni bereits erwähnt hat aber auch eine Arbeitsgruppe ist an der Erarbeitung eines Raumkonzepts für die Schule. Zu Handlungsfeld 3 «Zukunft der städtischen Landwirtschaftsbetriebe gestalten»: Daran wird bereits gearbeitet, es laufen diverse Prüfungen. Auch an der Erarbeitung der Vorlagen für den Tausch und Verkauf der einzelnen Landwirtschaftsbetriebe ist man dran. Handlungsfeld 4 «Verkehrs- und Grundinfrastruktur optimieren»: Hierbei geht es um die Parkieranlagen und die Begleitung des Kantons beim Projekt SBB-Unterführung, wobei es hierzu im August eine Information geben wird. Weitere Projekte sind die Planung der Verkehrsführung des Stadtrings, die Attraktivierung der Badi Espi, die Umsetzung der Entwässerungsplanung GEP sowie die Umsetzung der Wasserversorgungsplanung GWP inkl. Wasserschutzzone. Wie man sieht, ist nicht markant etwas Neues hinzugekommen, da es vor allem darum geht, die Infrastruktur zu erhalten, unterhalten und weiterzuführen, was auch wichtig ist. Über alle anderen Sachen wird der Einwohnerrat laufend informiert. Dies sind die Themen, die der Stadtrat in den nächsten vier Jahren verfolgen möchte und möglichst vieles umzusetzen.

### **Detailberatung**

**Beat Leu, GLP:** *Infrastruktur - Planung Verkehrsführung des Stadtrings:* Wird die Verkehrsführung ausserhalb des Stadtrings auch berücksichtigt?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Welche Verkehrsführung ist gemeint?

**Beat Leu, GLP:** Er denkt an das Degerfeld, wo es doch noch ein zwei Industriezonen mit 30er-Zone und Veloweg gibt, wo eine bessere Verkehrsführung durchaus möglich ist. Wird dort auch etwas angeschaut oder ist das zu viel und es wird sich auf den Stadtring konzentriert?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Hier ist der Stadtrat eher reaktiv als proaktiv unterwegs. Man wusste, dass es dort hinten schwierig wird, weshalb sie versuchen, Lösungen zu suchen, dort wo es Probleme gibt. Proaktiv wird nichts unternommen, wo man sagt, dass noch etwas gebaut oder eine neue Verkehrsführung geplant wird.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Man wird eine neue Verkehrsplanung machen, auch im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Unterführung, sofern diese kommen würde. Deshalb ist es schwierig, vorgängig Pläne zu machen, wenn man jetzt nicht genau weiss, wie es aussehen wird. Die Unterführung ist im Agloprogramm des Bundes eingegeben, weshalb der Bund jetzt darüber entscheiden wird.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** *Neugestaltung undere Obschtmäarkt:* Das Parkhaus wurde angemietet, in der Meinung, dass dies rüber geht. Dies ist aber noch nicht der Fall.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Dies musste dieses Jahr depriorisiert werden. Im Moment kann es nicht weiterverfolgt werden in dem Tempo, wie es gewollt wäre. Dieses Jahr findet aber ab nach den Sommerferien noch ein Mitwirkungsverfahren statt.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Das ist schade.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es ist dem Stadtrat bewusst, dennoch mussten sie mehreres depriorisieren.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Könnte man wenigstens eine Autolenkung dorthin machen, da es fast nirgends steht?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es ist dem Stadtrat bewusst. Es muss etwas Durchdachtes sein, was einmal richtig umgesetzt werden sollte. Es wird an den Themen gearbeitet. Es ist Sommer und somit Hochsaison.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Sie hofft, dass die Leute durch die Hitze mehr in die Tiefgarage gehen. Auf dem undere Obschtmäarkt stehen sie in der prallen Sonne, aber offensichtlich hilft das auch nicht.

**Werner Käser:** Er bittet den Stadtrat darum, das Thema «Attraktivierung Badi Espi» in ein paar Sätzen zu konkretisieren.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Als man dies letztes Jahr betrachtet hat und teilweise Sofortmassnahmen umgesetzt hat aufgrund des Sicherheitskonzepts ist nun die Idee, den Rest der Anlage auch zu attraktivieren. Die Gebäude sind in einem schlechten Zustand, auch infrastrukturmässig ist es sehr schwierig. In einem ersten Schritt wurden die Kosten geprüft. Wichtig wäre auch eine Ausbaggerung der Anlage sowie eine professionelle Neugestaltung des unmittelbaren Ufers anschliessend vor allem im westlichen Teil. Das Ausbaggerungsverfahren ist sehr komplex und wurde vom Kanton vorgeprüft. Um diese Massnahmen, also Infrastruktur plus Ausbaggerung und Gestaltung des Aussenraums vor allem auf der westlichen Seite, geht es.

**Simone Good-Ehrensperger, parteilos:** Sie hat ein paar Anmerkungen zu den Schwerpunkten. Sie durfte letzte Woche die Turnerinnen und Turner nach dem eidgenössischen Turnfest empfangen. Als stolze Mutter einer Tochter, die mit den mit Blumen gefüllten Horn vorne stand, musste sie fast ein paar Tränen verdrücken. Sie hat dann gemerkt, wie viel ein solcher Verein den Kindern bringt. Es ist eine Verwurzelung mit der Gemeinde, mit unserem Städtli, wo sie mittendrin vor dem Rathaus stehen können, es ist Identifikation mit unserem Wohnort, es ist der Stolz, dass man dazugehört, es ist ein Zusammenhalt der Vereine, wo sie sich gegenseitig mit den Fahnen gegrüsst haben, es ist Partizipation und Selbständigkeit für die jungen. Für sie ist die Aufrechterhaltung der Vereine ein sehr wichtiger Teil, der ins UNICEF-Label hineingehört. Es ist nämlich genau das, was man dort erreichen möchte. Das machen unsere Vereine, die in der Jugendförderung tätig sind, schon sehr lange. Deshalb ist es ihr eine Herzensangelegenheit, dass unsere Vereine, die in der Jugendförderung stark sind, unterstützt werden, damit sie auch Leiter haben, die die Vereine leiten, damit der Vorstand sichergestellt ist – es ist sehr viel Arbeit, sehr viel Freiwilligenarbeit. Gerade letzte Woche hat sie von einem Jungen gehört, dass es das Unihockey nicht mehr gibt, da sie keine Leiter mehr haben. Weiter möchte sie bei der Nutzung der öffentlichen Bauten anmerken, dass man wirklich auch die Klimaerwärmung mitbedenken muss. Sie fragt sich in der Kita immer wieder, wie viel Heimatschutz benötigt wird und wie viel sie noch leben dürfen. Wollen wir ein Museum oder wollen wir unsere Gebäude auch nutzen? Diese Woche, als es am Morgen über 30 Grad warm wurde, wollte sie die Läden schliessen. Allerdings hat es im unteren Stockwerk keine Läden, da ansonsten der kirchliche Charakter verloren geht. So scheint die Sonne vollgas durch die Fenster hinein und sie können nicht kühlen, es ist nicht isoliert und es ist einfach sehr heiss darin. Die Kinder können nicht schlafen, es sind alle hässig und auch die Mitarbeitenden sind hässig, es ist extrem unangenehm. Von ihrer Nichte hat sie gehört, dass es im Altersheim nicht viel anders ist. Man muss für das gesamte Städtli überlegen, wie viel soll wie der Ballenberg werden und wie viel sollen die heimatgeschützten Gebäude auch weiterentwickelt werden, um auch in Zukunft darin zu

leben und der veränderten Gesellschaft und Klimagegebenheiten anpassen. Zum Thema Familie-Wohnbau auf Vor der Brugg hat sie sich gefreut. Aber das Thema Familie muss man dort auch bedenken, da es zu wenige Kita-Plätze hat, gerade für Leute, die auf den Zug müssen oder in Richtung Schweizer Städte fahren. Für diese Leute ist es nicht attraktiv, auf die Altstadtseite zu kommen, auf die Kita von Yvonne Maus kann man sich auch nicht zwingend verlassen, da auch Eschenz und Wagenhausen gewachsen sind und es grundsätzlich mehr Kita-Plätze benötigt. Dies sollte man auch im Blickfeld behalten. Es hat wirklich viele zugezogene Familien, es hat viel Mütter mit Kleinkindern, die sich alleine fühlen und keine Kontakte haben oder Mühe haben, Kontakte zu knüpfen. Die gesamte Familienförderung auf Vor der Brugg muss auch mitbedacht werden. Sie bedankt sich für diese Legislaturziele, welche sie sehr gut, schön und attraktiv findet.

---

Beschluss-Nr. 19

## 6. Informationen und Umfrage

**Baureferent Ulrich Böhni:** Er möchte über den Stand der Sanierung vom Schulhaus Schanz informieren. Man ist auf der Zielgeraden mit höchstem Termindruck aber wird rechtzeitig fertig. Es wurde intensiv geschaut und es gab viele Sitzungen und es funktioniert. Man hat alles ein wenig hinausgeschoben, sodass der Umzug während den Ferien stattfindet und vorher im Juli die zwei Bauabnahmen. Es sieht gut aus. Kostenmässig liegt man im grünen Bereich. Kürzlich hat man noch einmal eine Kostenrechnung gemacht unter Einbezug aller Worst-Case-Szenarien, wie zum Beispiel gestellte Rechnungen, mit denen man die nicht einverstanden ist, dass sie so korrekt sind, da sie Zusatzkosten verursachen. Selbst unter der Annahme, dass man diese Rechnungen alle zu 100 % bezahlen muss, was sicher nicht der Fall sein wird, ist immer noch eine tüchtige Reserve vorhanden. Im Aussenraum darf man nicht erschrecken. Im Hochsommer kann man nichts anpflanzen, wobei die Frage sicher kommen wird, weshalb jetzt alles so kahl ist. Die Bepflanzung wird erst in den Herbstferien stattfinden, jetzt ist es zu heiss und zu trocken, sodass die Pflanzen gar nicht wachsen könnten. Es gibt einen offiziellen Behördenanlass am Freitag, 5. September 2025. Die Einladung folgt in den nächsten Tagen. Der Anlass beginnt um ca. 17.00 Uhr, wobei es eine Eröffnung mit einem Kantons- bzw. Regierungsratsvertreter geben wird, es gibt Führungen und anschliessend einen Apéro Riche, wo man sich austauschen kann. Am Folgetag gibt es für die Bevölkerung am Morgen bis nach dem Mittag einen Tag der offenen Tür.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Sie hat eine Ergänzung zur Medienmitteilung mit der Empfehlung zum Wassersparen, die heute veröffentlicht wurde. In den letzten 14 Tagen gab es eine Erhöhung des Wasserverbrauchs von 910 auf 1'300 Kubik pro Tag. Dies aufgrund des heissen und trockenen Wetters, deshalb musste früher als sonst diese Empfehlung herausgeben, damit es auch etwas bewirkt.

**Werner Käser, FDP:** Er hat mit Ulrich Böhni bereits darüber gesprochen. Er erschrickt jedes Mal, wenn er am Lindwurm vorbeiläuft, wie schmal der Durchgang ist, der neben dem Kran noch bleibt. Er fragt sich, ob dieser Durchgang breit genug für einen Feuerwehreinsatz ist. Weiter möchte er mitteilen, dass vor etwa 15 Jahren noch ein Austausch mit der Gemeinde Öhningen gepflegt wurde. Es fanden gegenseitige Besuche statt. Er möchte anregen, diesen Gedanken wieder einmal aufzunehmen.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Bezüglich der Feuerwehrdurchfahrt beim Lindwurm hat er nachgefragt. In der Baubewilligung ist ein Teil davon die Einhaltung der Normen, welche angeschaut wurden. Dort sieht alles sehr schmal und dicht aus, da es viel bewegliches Mobiliar hat. Es soll so korrekt sein.

**Ruth Metzger, SVP:** Sie hat gestern das Antwortschreiben des Preisüberwachers auf der Stadtkanzlei gelesen, wobei es hiess, dass sie kein Foto machen und keine Kopie haben kann. Dies hat sie alles eingehalten, jedoch ist dieses Verhalten für sie sehr befremdlich und unverständlich. Es erweckt den Eindruck, dass man etwas vertuschen möchte, was nicht so sein muss, aber so ist ihr Eindruck. Sie empfiehlt ihren Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen, das Antwortschreiben des Preisüberwachers zu lesen, es ist sehr interessant, es geht um die Gebührenerhöhung.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Die Gebührenerhöhung musste dem Preisüberwacher zur Überprüfung eingereicht werden. Sie vermutet, dass dieser Bericht überhaupt nicht geheim ist, weshalb

das nun geprüft wird. Der Preisüberwacher wird diese Antwort vermutlich auch veröffentlichen, aber sicher ist diese nicht geheim. Gleichzeitig wurde kommuniziert, dass eine Teilrevision des Abfallreglements gemacht wird, welches der Einwohnerrat im Jahr 2020 genehmigt hatte und per 1. Januar 2021 eingeführt wurde. Es besteht ein gewisses Anpassungsbedürfnis, wobei gewisse Sachen angepasst werden müssen. Der Preisüberwacher hat das Äquivalenzgesetz bzw. Äquivalenzgebot kritisiert, dass man gleichwertig für das, was man entsorgt, auch Gebühren bezahlt, also das Verursacherprinzip. Dies wurde damals schon im Einwohnerrat kritisiert, Markus Vetterli wünschte sich damals, dass verursachergerechter Gebühren erhoben werden könnten. Sie ist die letzte, die das nicht wollen würde, aber es ist nicht ganz einfach, wobei dies auch in anderen Gemeinden immer wieder ein Knackpunkt ist. Es ist richtig, wenn der Preisüberwacher das verlangt. Bei der Teilrevision muss gut hingeschaut werden, wie dies gemacht werden kann. Dies ist bestimmt eines der wichtigeren Sachen.

**Ruth Metzger, SVP:** Im Schreiben steht, dass der Preisüberwacher dieses auf seiner Homepage veröffentlicht, was es aber nicht ist oder sie hat es nicht gefunden. Ist es von Seiten Stadt noch nicht fertig abgeschlossen mit diesen Abklärungen oder wieso fehlt dieses Öffentlichkeitsprinzip dort?

**Stadtschreiber Timo Bär:** Das Schreiben ist nicht geheim, wie ganz viele andere Schreiben und Dokumente auch nicht, die die Stadt hat. Entweder wird etwas öffentlich publiziert und für alle öffentlich zugänglich gemacht und wenn nicht, kann man es anschauen kommen. Dieses Schreiben ist öffentlich zugänglich. Der Preisüberwacher schaltet es immer erst nach einer gewissen Zeit auf. Wenn man nachschaut sieht man zum Beispiel, dass das Schreiben betreffend den Parkierungsgebühren öffentlich ist. Dies bedeutet, dass das Schreiben betreffend den Abfallgrundgebühren noch nicht aufgeschaltet ist, wieso kann er aber nicht sagen, das müsste man den Preisüberwacher fragen. Von Seiten Stadt ist es abgeschlossen, auch von Seiten Gemeinde könnte man das aufschalten, da es kein geheimes Dokument ist. Es war nicht so, dass man etwas verheimlichen oder Ruth Metzger nicht geben wollte. Die Mitarbeitenden haben ihn gefragt und er sagte, dass es grundsätzlich nicht öffentlich ist und man es wie sonst auch anschauen kann. Wenn die Gemeinde entscheidet, das Schreiben zu veröffentlichen, kann man es auch allen zugänglich machen.

**Beat Leu, GLP:** Er möchte einen Antrag stellen, dass der Einwohnerrat diesen Bericht zugestellt bekommt.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Das Antwortschreiben wird auf der Homepage veröffentlicht und dem Einwohnerrat zugestellt.

**Ruth Metzger, SVP:** Letztes Mal hat Simone Good betreffend dem Sonnensegel auf dem Spielplatz Burgacker gefragt, welches mittlerweile montiert ist. Gibt es das auch auf dem Spielplatz im Degerfeld?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Ja, die Montage erfolgt, wenn alles fertig ist. Bei der Montage ist einer Firma ein Fehler unterlaufen, was sie jetzt auf eigene Regie noch beheben musste. Wenn das erledigt ist, kommt das Sonnensegel, es ist also geplant, bestellt und verankert. Die Eröffnung findet nächste oder übernächste Woche statt. Mit der Eröffnung wird nicht gewartet, nur weil das Sonnensegel noch nicht da ist.

**Ruth Metzger, SVP:** Sie wollte zuerst betreffend dem Baugesuch Schiffländi fragen. Aber mittlerweile weiss sie, dass es draussen ist und man es anschauen kann. Man muss sich jedoch bei der Verwaltung melden. Kann man es mit dem Öffentlichkeitsprinzip auf die Homepage schalten? Sie kennt Gemeinden, wo man jedes Baugesuch anschauen kann mit jedem Detailplan, was hier nicht der Fall ist nach ihrem Wissen. Kommt das noch oder wie ist das?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Die öffentlichen Bauauflagen wurden bisher nie online gestellt und werden an vielen anderen Orten auch nicht online gestellt. Die Thematik ist auch, dass die Datenmenge relativ gross ist, die Öffnungszeiten sind breit und können jederzeit genutzt werden. Die gesamte Vorlage und alle wesentlichen Pläne sind selbstverständlich öffentlich und immer noch abgelegt und herunterladbar. Aber Baugesuchsunterlagen sind in der Regel gerade bei solchen Projekten sehr umfassend, weshalb das im Moment noch so gehandhabt wird. Es macht auch keinen Sinn ein Projekt zur Digitalisierung der Bauakten zu starten, das macht im Moment niemand. Man hat aber begonnen, alle Unterlagen

zusätzlich auch noch digital zu verlangen und abzuspeichern, damit man prospektiv schon vorbereitet ist.

**Ruth Metzger, SVP:** Wurde das Grundstück Schööfferwies verkauft oder ist das noch hängig mit der Firma, die Interesse gezeigt hat?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Der Vertrag ist grundbuchamtlich unterschrieben, aber dieser wird in dem Moment ausgelöst, wo der Industriequartierplan, den man pflichtgemäss machen musste, abgeschlossen ist. Dieser Plan gab relativ viel Arbeit, man arbeitete aber mit grossem Interesse und Motivation daran. Das gesamte Verfahren war sehr komplex wie zum Beispiel, dass auf dem Richtplan immer noch ein Amphibienkorridor eingetragen war und der Thurgau als Nachbarkanton diesen nicht eingetragen hatte. Alleine dieses Verfahren zwischen dem Naturschutzamt Thurgau und Schaffhausen musste die Stadt Stein am Rhein verursachen, was alleine vier Monate dauerte. Mittlerweile liegt die abgeschlossene Quartierplanung nach einer ersten Vorprüfung seit acht Monaten zur definitiven Prüfung beim Kanton. Trotz regelmässiger Nachfragen ist unklar, wann die Antwort kommen wird. Anschliessend muss es noch aufgelegt werden mit einer Frist. Er hofft sehr, dass die Sache bis im Herbst vom Tisch ist und der Verkauf, der gegenseitig vertraglich-grundbuchamtlich fixiert ist, einfach mit der Klausel, dass der Quartierplan in Kraft sein muss, umgesetzt werden kann.

#### **Einwohnerrat Stein am Rhein**

Daniel Ochsner  
Einwohnerratspräsident

Julia Schmid  
Ratssekretärin